

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben

unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

von

Dr. Max Sirsch.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 Mk. — Unter Kreuzband 1 Mk. 25 Pf. — Alle Postanstalten für Berlin alle Zeitungs-Spediteure, nehmen Bestellungen an. — Inserate pro Zeile: Geschäftsang. 25 Pf. Familienang. 15 Pf. Vereinsangelegen. 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl. unter einer Woche tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandsleiter Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuliefern sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement seitens der Gewerksvereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 7.

Berlin, 17. Februar 1905

Stebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Das Ende des Generalstreiks der Bergarbeiter. — Die deutschen Frauen und die Sozialpolitik. — Waghenshan. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Das Ende des Generalstreiks der Bergarbeiter.

In einer Woche kann sich viel zutragen. In voriger Nummer mußten wir darauf hinweisen, daß der Bergarbeiterstreik weiter um sich greife. Als die Nummer aber in die Hände der Leser kam, konnten die Tageszeitungen schon melden, daß der Generalstreik an der Ruhr und der partielle Streik in Schlesien für beendet erklärt wurden. Am Donnerstag, 9. Februar, tagte in Offen die Revierkonferenz der Bergarbeiter und nahm nach fünfständigen Verhandlungen eine von der Siebenerkommission vorgeschlagene Resolution mit 156 gegen 5 Stimmen an, welche den Generalstreik für beendet erklärt. Als das Telegramm über diesen Beschluß Nachmittags ins Abgeordnetenhaus kam, fand unser Redakteur, Abg. Goldschmidt, sofort Gelegenheit, dem ganzen Hause Mitteilung zu machen von der Beendigung des Ausstandes. Unser Redakteur sprach zugleich die Erwartung aus, daß die Bergarbeiter, die nun im Vertrauen auf die Staatsregierung zur Arbeit zurückkehrten, sich nicht in ihren Hoffnungen auf eine gesetzliche Regelung ihrer „hauptsächlichsten Beschwerden“ getäuscht sehen möchten. Der Herr Minister für Handel und Gewerbe antwortete, daß ein Zweifel an dem von ihm Namens der Staatsregierung gegebenen Versprechen nicht begründet sei. Die Regierung werde das von ihr gegebene Wort halten. Auf eine am Sonnabend, 11. Februar, vom Abg. Brömel (Freis. Vgg.) an den Minister für Handel und Gewerbe gerichteten Anfrage, wann die Berggesetznovelle vorgelegt werden würde, antwortete der Herr Minister, daß im Laufe der nächsten Woche der Gesetzentwurf betreffend Abänderung des § 65 des Berggesetzes, welcher sich gegen das willkürliche Stilllegen von Zechen richten soll, an das Haus komme und kurz hinterher werde auch die Novelle zur Regelung der Arbeitsverhältnisse im Bergbau eingebracht werden. Unser Verbandsanwalt Abg. Dr. Max Sirsch erwartete von dem ebenfalls in Aussicht gestellten Gesetz über die Knappschaftskassen, daß die Grubenbesitzer dem direkten Wahlrecht zu den Knappschaftskassen keine Schwierigkeiten in den Weg legen würden.

Die Herren Minister haben das proßige Verhalten der Herren vom Bergbauischen Verein am eigenen Leibe zu kosten bekommen. Darob müssen sie es sich noch gefallen lassen, von den Organen der Zechenbesitzer verhöhnt zu werden. Spottete doch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ über das „Fiasco der Regierung“ in ihren Bemühungen für eine Beilegung des Kampfes. In gleicher Weise spotteten auch die sozialdemokratischen Blätter über die preussische Regierung und den Reichsanwalt. Wir wissen sehr wohl, daß die Regierung in vielen Dingen sehr rücksichtlos handelt. In diesem Falle aber möchten wir ihr doch Vertrauen entgegen bringen. Die Regierung hat ja selbst ein lebhaftes Interesse daran, daß solche Kämpfe sich nicht sobald wiederholen und so muß sie, gleichviel, ob sie der Noth gehorcht, oder dem eigenen Liede folgt, auf die Beseitigung der Ursachen des schweren Kampfes hinarbeiten. Wir zweifeln nicht daran, daß die Staatsregierung hierzu auch entschlossen ist. Lehnt das Abgeordnetenhaus die Novelle ab, oder verschlechtert sie

dieselbe so, daß dies der Ablehnung gleich käme, dann muß die preussische Regierung, schon um ihrer Ehre willen, auf die Einbringung eines Reichsberggesetzes dringen. Auch dazu soll sie entschlossen sein. Das hochmüthige Verhalten der Grubenherren gegen die Arbeiter und ihre maßlose und dübelhafte Ueberhebung gegen die Minister, zwingen die Regierung zu entscheidenden Maßnahmen. Die Autorität der Regierung würde, mehr noch als bei ihrem Zurückweichen gegen die Junker in der Kanalvorlage, zum Gespött, wenn sie sich jetzt als schwach erweisen wollte. Und nicht hoch genug anzuschlagen wäre für sie der moralische Gewinn, wenn sie das von den Arbeitern und ihren Freunden im gesammten Bürgertum in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigte.

Der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, fand bei einem Theil der Bergarbeiter zunächst stürmischen Widerspruch. Es sind die Fanatiker, die mit dem Kopf durch die Wand wollen, weil sie glauben, ihr Schädel sei härter als die Wand. Es sind dies Leute, die durch eine demagogische Agitation für die Arbeiterbewegung gewonnen wurden. Diese Art von Arbeitern jubelt den Demagogen heute zu und trägt sie auf Händen, um ihnen schon morgen Steine an den Kopf zu werfen, wenn sie es wagen, zur Vernunft zu reden. Ein verheißtes Gemüth verwirrt den Verstand! Die Masse der Bergarbeiter aber hat während des Kampfes eine glänzende Ruhe und Besonnenheit an den Tag gelegt und hiergegen haben die Ausschreitungen, welche nach Verkündung des Beschlusses auf Wiederaufnahme der Arbeit vorfielen, keine allzu schwer wiegende Bedeutung. Wo die Unternehmer den wieder zur Anfuhr erschienenen Belegschaften keine Schwierigkeiten machten, da ging Alles glatt von Statten. Die Unruhigen werden durch die Mehrheit der ruhigen Elemente schon zur Raison gebracht werden, so daß in wenig Tagen der Betrieb auf allen Zechen wieder im vollen Gange sein wird.

So dachten wir am Freitag und behielten Recht damit, denn am gefrigen Montag ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden.

Wären die deutschen Bergarbeiterorganisationen so reich wie die englischen, was sie sein könnten, wenn sie rechtzeitig ernstlich gewollt hätten, so hätten die Unternehmer einlenken müssen, weil sie dann wußten, daß die Bergarbeiter es lange genug auszuhalten im Stande gewesen wären. Wenn die Kassen aber bei Beginn eines Kampfes, der in jeder Woche 2 Millionen Mark an Unterstützungsgeldern erfordert, leer sind, so daß gleich von Anfang an der Kampf auf die Hilfe Dritter angewiesen ist, dann wissen die Unternehmer nur zu gut, daß so große Summen im Wege freier Sammlungen nicht aufgebracht werden können. Die Opferfreudigkeit der Bürger aller Gesellschaftsklassen, vom einfachen Arbeiter bis zum Fabrikanten und Gelehrten einerseits und dem reichen Rentier andererseits, war so groß, wie noch bei keinem einzigen anderen Streik. Ueberall machte es einen guten Eindruck, daß die Führer in der Form des Ausdrucks sich mächtigten und die parteipolitische „Rebenregierung“ zurückwiesen. Wie wir aber schon einmal ausgeführt haben, würde der materielle Erfolg der Selbstaufstellungen noch um ein vielfaches größer gewesen sein, wenn die Arbeiter statt mit Kontraktbruch in den Streik einzutreten, einmüthig gekündigt hätten, wie es jetzt die 3000 Weissenfelder Schuhmacher gethan haben. Wohl steht dem Kontraktbruch der Bergarbeiter ein mehrfacher Vertragsbruch seitens der Unternehmer gegenüber, der gegen die Arbeiter erhobene Vorwurf des Kontrakt-

bruchs blieb aber doch nicht ohne Eindruck auch auf sonst den Arbeitern wohlgesinnte Männer. Darum muß für die deutschen Bergarbeiter dieser Streik den Erfolg haben, daß die Organisationen noch fester gefügt, ihre materiellen Mittel zu großer Höhe gesteigert und die Disziplin und Ordnung im Vorgehen der organisierten Arbeiter eine so straffe werde, daß in ersten Augenblicken der Führung unbedingter Gehorsam geleistet wird. Dieses wird auch erreicht werden, wenn die Bergarbeiterbewegung sich vollkommen frei macht von parteipolitischer Beeinflussung; aus innerer Ueberzeugung müssen die Bergarbeiter der Organisation angehören! Wer sich nur durch Uebertreibungen und durch radikale, aber sachlich sehr hohle Reden für die Organisation gewinnen läßt, ist noch nicht reif für die ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung. Die Bergarbeiterführer müssen es daher von nun an als ihre höchste Aufgabe ansehen, klares Erkennen und ruhiges Ueberlegen in die Massen zu tragen. Wir wissen sehr wohl, daß dies ein ungeheures Maß von Ausdauer und Liebe zur Arbeiter Sache erfordert. Diese Arbeit muß aber geleistet werden, allein auf ihr wächst der reiche Früchte tragende Erfolg. Allein der reine, unbeeinflusste und klare Gewerkschaftsgeist kann die deutsche Bergarbeiterschaft zu dauerndem Siege führen!

So schwer auch die Opfer sind, die der nun beendete Kampf erforderte, so tiefe Wunden auch von ihm geschlagen sind, was bedeutet dies alles gegen den großen Erfolg, der dadurch errungen wurde, daß eine tiefere Erkenntnis von dem wahren Wert der Organisation und ihren Aufgaben in die Massen eindringen konnte. Zehn Jahre Arbeit hätten nicht so viel Klarheit schaffen können, wie diese Tage des Kampfes es vermochten. Und auch daß ist ein Gewinn, daß die Bergarbeiterschaft es praktisch erproben konnte, daß die sozialdemokratischen Phrasen von der einen „reaktionären Masse“ eben nichts als Phrasen sind.

Unsere Verbandsgenossen im Gewerkschaftsverein der Bergarbeiter werden die unseren Anschauungen günstige Stimmung hoffentlich gut ausnutzen und ihrem Gewerkschaftsverein zahlreiche Knappen zuführen. Auch dazu ein herzliches Glück auf!

Die deutschen Frauen und die Sozialpolitik.

In der unter dem Vorsitz von Albert Winkelsdorf im großen Saale des Verbandshauses am 13. Februar stattgefundenen Frauenversammlung hielt unser Redakteur Karl Goldschmidt folgende, mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede:

Gehrte Versammlung!

Der Centralrat der Deutschen Gewerkschaften hat mich ersucht, in der von ihm für heute einberufenen Versammlung Vortrag zu halten über „Die Frauen und die Sozialpolitik“. Es ist selbstverständlich nicht das erste Mal, daß die Deutschen Gewerkschaften Stellung nehmen zu den Fragen, was die soziale Gesetzgebung zu thun hat zum Schutze der Frauen. Es ist ihre Pflicht, als eine Organisation von Arbeitern und Arbeiterinnen, immer von Neuem wieder die breite Öffentlichkeit und insbesondere die Parlamente aufmerksam zu machen auch auf diejenigen Maßnahmen, die das soziale und wirtschaftliche Leben der gegen Entgelt arbeitenden Frau höher zu stellen geeignet sind. Im Bewußtsein dieser Pflicht hat der Centralrat Sie, werthe Verbandsgenossinnen und -Genossen, eingeladen, sich mit ihm zu ver sammeln und ersten Betrachtungen ein freundliches Gehör zu schenken.

Wir leben in einer Periode so rascher wirtschaftlicher Entwicklung, wie sie im vieljahrigen Kulturprozeß des empordrängenden Menschentums noch niemals vorgekommen ist. Insofern leben wir in einer großen und glücklichen Zeit. Wo aber gäbe es in der Welt ein strahlendes Licht, dem nicht der Schatten beigegeben wäre? Diese Schatten werden kleiner, je höher das Licht hinaufsteigt. Das lehrt uns der Lauf der Sonne, die uns das größte Maß von schattenlosem Licht und lebensfroher Wärme spendet, wenn sie hinaufgestiegen ist in den Zenith. Auch das Licht der Kultur muß wachsen und höher steigen und so das Leben der Menschen über die Leiter der Generationen zu höchstmöglicher Vollkommenheit hinaufbringen. Der wichtigste und für das Leben der Menschen gleichzeitig unentbehrlichste Kulturhebel ist die Arbeit, die geistige, wie die materielle. Das: „Halte Maß in allen Dingen“, gilt aber auch von ihr, wenn sich ihr Segen für die Gesamtheit nicht zum Fluch für den Einzelnen wandeln soll. Und fürchtbar ist dieser Fluch! Ein durch Ueberspannung der Kräfte zerrüttetes Menschenleben vergällt seinen lieblichen Nachkommen noch durch Generationen einen Theil, wenn nicht die ganze Lebensfreude. Denn auch diese „Sünden“ der Väter und Mütter werden an den Kindern heimgesucht bis ins vierte Glied. Und wehe dem Staatswesen, das es ver säumt, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die einer lieblichen und geistigen Verklammerung weiter Teile des in ihm geeinten Volkes entgegenwirken. Dem Schwachen seinen Schutz zu leihen, ist daher eine Pflicht, die der Staat im Selbstinteresse zu üben hat.

Dieses Schutzes vor übermäßiger Ausbeutung bedarf insbesondere die arbeitende Frau, da ihr Geschlecht auch das Gefäß ist, aus

welchem die neue Generation emporwächst. Die Natur läßt ihrer nicht spotten. Nur aus einem gesunden Leib kann eine gesunde lebensfrohe Menschenfrucht geboren werden. Die Säuglingssterblichkeit ist in keinem anderen Volkstheile so groß, wie unter dem der arbeitenden Frauen. Und da ist es für ein industrielles Staatswesen von für seine Zukunft entscheidenden großen Bedeutung, den Ursachen jener erschreckend hohen Sterblichkeit nachzuspüren und sie fortzuräumen.

Diese Pflicht wird immer dringender, da rascher als die Bevölkerung die Zahl der Frauen wächst, die den Lebenskampf auf eigene Hand oder zur Erhöhung des Familieneinkommens durch Arbeit in der Fabrik aufgenommen haben. Die jährliche Zunahme der Bevölkerung beträgt etwa 1 1/2 pCt., die Zunahme der arbeitenden Frauen aber betrug im Jahre 1903 gegen 1902 4 1/2 pCt. Es wurden im Jahre 1903 in Deutschland 899 338 erwachsene Fabrikarbeiterinnen gezählt gegen 880 087 im Jahre 1902 und 847 987 im Jahre 1901, so daß die Zahl im Jahre 1903 um 39 251 oder 4,6 v. H. gestiegen ist. Darunter befanden sich 328 535 (1902 314 624) Arbeiterinnen im Alter von 16 bis 21 Jahren und 570 803 (545 463) über 21 Jahre alte. Die Steigerung betrug bei ersteren 4,4, bei letzteren 4,6 v. H., war also ziemlich gleichmäßig. Die meisten Fabrikarbeiterinnen beschäftigt von den einzelnen Industrien die Textilindustrie mit 374 824 (1902 363 763), also etwa 42 v. H. der Gesamtzahl; dann folgen die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel mit 127 863 (126 905), die Industrie der Bekleidung und Reinigung mit 110 021 (99 789), die Industrie der Steine und Erden mit 58 020 (55 966). Rechnet man die jugendlichen Fabrikarbeiterinnen den erwachsenen hinzu, so waren im Jahre 1903 in den Fabriken Deutschlands 1 009 041 Arbeiterinnen thätig gegen 961 316 im Jahre 1902.

Gezählt sind hier nur die in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen. Es kommt noch hinzu die Zahl der in den anderen gewerblichen Betrieben und besonders in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiterinnen. Darüber giebt es eine zuverlässige Statistik nicht. In seinem Vortrage über Arbeiterschutz in der Heimindustrie auf dem Verbandstage in Hannover gab Kollege L. Winter die in der Hausindustrie Deutschlands beschäftigten Personen auf eine Million an. Ich möchte glauben, daß auch diese Ziffer noch zu niedrig gegriffen ist. Fest steht aber, daß die Zahl der hausindustriell beschäftigten Frauen die Zahl der Männer dieser Erwerbsart erheblich übersteigt.

Die Hausindustrie weiß nichts von einem gesetzlichen Schutze der in ihr beschäftigten Personen. Darum trat auch der Verbandstag der Deutschen Gewerkschaften mit einstimmiger Annahme der Resolution Winter-Berndt auf die Seite derjenigen Sozialpolitiker, die auch für die Heimarbeiter und -Arbeiterinnen die Mittel der Staatsgewalt in Anspruch nehmen wollen. Das Elend der Heimarbeiterinnen ist meist noch größer als das der Fabrikarbeiterinnen, namentlich in gesundheitlicher Beziehung. Die Heimarbeit erschwert den in den Fabriken und Werkstätten beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen das Streben nach Verbesserung ihrer Lage und verhindert das Zustandekommen geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen. Die Heimarbeit wird von vielen Unternehmern nur gefördert, um sich den Anforderungen der Gewerbeordnung und den Arbeiterversicherungsgesetzen zu entziehen. Die Heimarbeit erschwert anderen Unternehmern, die ihren sozialen Pflichten nachkommen, die Konkurrenz. Die schädliche Rückwirkung der Heimarbeit auf die Werkstätten- und Fabrikarbeit muß möglich und auszugleichen, forderte der Verbandstag folgende gesetzgeberische Maßnahmen:

1. Ausdehnung der Arbeiterversicherungsgesetze und Arbeiterschutzgesetze und der Gewerbegerichte auf die gesammte Hausindustrie und Heimarbeit.
2. Unterstellung der Heimarbeit unter die Aufsicht der Gewerbeinspektoren.
3. Erlass von Vorschriften über die Beschaffenheit und Einrichtung der Arbeitsräume in Verbindung mit Wohnungsinspektion.
4. Verbot für Unternehmer, an Fabrik- und Werkstättenarbeiter Arbeit mit nach Hause zu geben.
5. Von allen Heimarbeitern hat der Unternehmer und Zwischenmeister ein Verzeichnis mit Wohnungsangabe für die Gewerbeinspektion zu führen.
6. Der Verbandstag richtet an die Staats- und Gemeindefürsorge das Ersuchen, bei Submissionsvergaben die Unternehmer vertragsmäßig zu verpflichten, mindestens die in Staats- und Gemeindefürsorge üblichen Lohnsätze zu zahlen, und nicht die Arbeiten durch Zwischenmeister von Heimarbeitern anfertigen zu lassen.

Wir sind uns darüber klar, daß der Verwirklichung dieser Forderungen manche Schwierigkeiten entgegenstehen. Wir sind aber ebenso sehr überzeugt, daß es eine Pflicht des Staates ist, an seinem Theile mit dazu beizutragen, um der für das Gesamtwohl des Volkes so überaus gefährlichen schrankenlosen Ausbeutung der Arbeitskräfte Einhalt zu thun. Das radikale Mittel wäre ein gesetzliches Verbot der Hausindustrie. Ob es einmal zu einem solchen kommen kann, muß schließlich dahingestellt bleiben. Gegenwärtig und auf absehbarer Zeit kann man aber so weit nicht gehen, weil es sonst für Hunderttausende an Beschäftigungsgelegenheit fehlen würde, die heute noch darauf angewiesen sind, durch diese Arbeit die Familien zu erhalten oder zu ihrer Erhaltung beizutragen.

Vor dem Jahre 1891 gab es nicht einmal einen gesetzlichen Schutz der in den Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen. Erst mit der 1890 im Reichstage eingebrachten Novelle zum Titel Sieben der Gewerbeordnung wurde der Anfang eines Schutzes der Arbeiterinnen

gegen eine mißbräuchliche Ausnutzung ihrer Arbeitskraft gemacht. Mit dem daraus entstandenen Gesetz vom 1. Juni 1891 wurde für die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen ein Maximalarbeitsstag von 11 Stunden eingeführt, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage von nur 10 Stunden. Die Arbeiterinnen unter 16 Jahre fallen unter die „Jugendlichen“, für welche eine längere als 10 stündige Beschäftigung schon verboten war. Vor dem Inkrafttreten des 11stündigen Maximalarbeitsstages mit dem Verbot der Nachtarbeit, bestanden nach den damaligen amtlichen Berichten der Fabrikinspektoren noch Arbeitszeiten bis zu 16 Stunden und auch Nachtarbeit für ledige und verheiratete Arbeiterinnen. Gegenüber dieser Thatsache war die Einführung des sonst allerdings immer noch zu langen 11stündigen Maximalarbeitsstages ein erheblicher Fortschritt. Die Mittagspause mußte von diesem Zeitpunkte an mindestens eine Stunde, und für Arbeiterinnen, die ein eigenes Hauswesen zu besorgen haben, mindestens 1 1/2 Stunden dauern. Der bis dahin auf nur 3 Wochen bemessene Schutz der Wöchnerinnen wurde auf 4 bezw. 6 Wochen erhöht. Aber schon damals forderte unser Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch am Reichstage den zehnstündigen Maximalarbeitsstag für Arbeiterinnen. Zehn Stunden für alle oder doch mindestens für verheiratete Arbeiterinnen hätte als das hygienisch wie moralisch höchst zulässige Maß der täglichen Arbeitszeit angesehen werden sollen. Die Mehrheit des Reichstags und die verbündeten Regierungen glaubten aber, soweit noch nicht gehen zu können, zumal auch befürchtet wurde, daß eine Unterscheidung zwischen Ledigen und Verheirateten hinsichtlich der Arbeitszeit leicht zum dauernenden Ausschluß der Letzteren von lohnender Beschäftigung führen könne.

In seinem 1891 erschienenen Buche über den Arbeiterschutz gab unser Verbandsanwalt der Hoffnung Ausdruck, daß der Zehnstundentag als Höchstmaß für alle Arbeiterinnen in recht naher Zukunft nachfolgen werde. Darüber sind nun aber bereits 14 Jahre verfloßen und diese berechtigige Forderung blieb bisher noch immer unerfüllt.

Indeß ist die Reichsregierung mit dieser Frage beschäftigt. Noch an einem der letzten Tage, am 7. Februar d. J., erklärte Staatssekretär Graf v. Posadowsky auf eine Interpellation des Centrums, daß die verbündeten Regierungen ernstlich erwägen, den zehnstündigen Maximalarbeitsstag mit einer Uebergangszeit, für welche 10 1/2 Stunden festgesetzt werden sollen, für Arbeiterinnen einzuführen. Es läme aber die Konkurrenz des Auslandes in Betracht. Im Auslande haben bisher nur die Schweiz eine dahingehende gesetzgeberische Maßnahme in Aussicht gestellt. In Frankreich ist aber der zehnstündige Arbeitsstag bereits gesetzlich eingeführt für diejenigen Betriebe, in welchen neben Arbeitern auch Arbeiterinnen beschäftigt werden. Das Centrum forderte den allgemeinen zehnstündigen Arbeitsstag, Graf Posadowsky aber erklärte, dieser Apfel sei noch nicht reif. Von den 26 Bundesstaaten hätten auf eine bezügliche Anfrage nur erst acht geantwortet, die theils prinzipiell, theils vorläufig ablehnend sich verhielten. Darin kann man dem Staatssekretär Recht geben, daß ein allgemeiner zehnstündiger Maximalarbeitsstag wohl nur auf dem Wege internationaler Abmachungen eingeführt werden wird, obgleich diese Arbeitsdauer bereits vorwiegend in Deutschland üblich ist. Für die Arbeiterinnen wollen und dürfen wir aber nicht erst noch auf internationale Abmachungen warten, hier fordert das Nationalwohl schon längst diesen gesetzgeberischen Fortschritt. In Preußen arbeiten bereits 62 pCt. der Arbeiterinnen in Fabriken nur noch zehn Stunden, da kann ein entsprechendes Gesetz keine allzu großen Schwierigkeiten mehr machen. Dieser Apfel ist also bereits überreif und muß daher gepflückt werden!

(Schluß folgt.)

Wochenchau.

Berlin, 14. Februar 1905.

Als die Grundursache des Bergarbeiterausstandes an der Ruhr wird in einem Leitartikel des Gewerkevereinsblattes „Märkisch-Vaußler Volkszeitung“ das Stilllegen der Zechen angesehen. Es ist zweifellos, daß dies eine sehr wichtige, aber doch nicht die alleinige Ursache des Ausstandes ist. Wir stimmen dem Verfasser aber darin bei, daß die preussische Regierung recht schnell mit ihrer Novelle zur Abänderung des § 65 des Berggesetzes kommen muß, um den Zehngewaltigen in der willkürlichen Verfügung über das Nationalvermögen entgegenzutreten. Wie wir bereits im Leitartikel mitgeteilt haben, hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe diesen Gesetzentwurf bereits für diese Woche in Aussicht gestellt.

Einer der Zehngewaltigen, Herr Rirdorf, hat einen Zusammenstoß gehabt mit dem Minister des Innern, Freiherrn v. Hammerstein. Der Minister schildert diesen Zusammenstoß derart, daß Herr Rirdorf im Laufe der Unterhaltung einen schweren Vorwurf gegen eine dem Herrn Minister unterstellte Behörde gemacht habe, worauf der Herr Minister erwiderte, daß jene Behauptung durchaus unzutreffend sei und Herrn Rirdorf bitten müsse, seine Ausdrücke zu mäßigen. Eine weitere Bemerkung des Herrn Rirdorf, daß das von ihm Behauptete seine Uebergangung sei, veranlaßte den Herrn Minister, das Gespräch abzubrechen.

Es wird davon gemunkelt, daß dies nicht der einzige Zusammenstoß zwischen einem Minister und einem Grubenbaron gewesen sein soll. Gewisse Grubenherrn glauben mit den Ministern in einer Sprache reden zu dürfen, die sonst nur ungebildete Herren gegen ihre Diener anzuwenden für zweckmäßig halten.

Die Deutschen Frauen und die Sozialpolitik. In der gestern Abend im Verbandshause stattgefundenen Versammlung, in welcher Redakteur Karl Goldschmidt den Vortrag hielt, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die vom Centralrathe der Deutschen Gewerkevereine in den großen Saal des Verbandshauses einberufene Versammlung zu Gunsten des Gewerkevereins der Deutschen Frauen, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und richtet an Reichstag und Bundesrath das dringende Ersuchen, einem Gesetzentwurf zur Einführung des 10stündigen Maximalarbeitsstages für Arbeiterinnen zuzustimmen. Die Versammlung bittet den Bundesrath ferner um Einbringung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die unklaren und unsicheren vereinsgesetzlichen Bestimmungen der Einzelstaaten wenigstens dahin abgeändert werden, daß die Bethätigung der Frau in den sozialpolitischen Fragen nicht länger unter die Strafbestimmungen der Vereinsgesetze fällt. Die Versammlung stellt sich nicht in den Dienst irgend einer Partei, sie will aber energisch gefördert sehen die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung, insbesondere auch im Interesse der Arbeiterinnen. Der Bundesrath wird ersucht, das sozialpolitische Vereinigungsrecht möglichst gleich in dem Gesetzentwurf über die Anerkennung der Arbeiterberufsvereine zu berücksichtigen. Die Versammlung verlangt ferner eine gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiterinnen bei allen Wahlen der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung und der Gewerbe-gerichte und Kaufmannsgerichte. An die einzelnen Regierungen der Bundesstaaten richtet die Versammlung die dringende Bitte, den Fabrikinspektoren Assistentinnen in ausreichender Zahl zur Seite zu stellen. An alle deutschen arbeitenden Frauen und Mädchen aber richtet die Versammlung die dringende Aufforderung, unverzüglich in den Gewerkeverein der Deutschen Frauen einzutreten.

Der Vortrag soll in seinen wesentlichsten Theilen im „Gewerkeverein“ zum Abdruck kommen. Der erste Theil der Rede erscheint bereits in der heutigen Nummer.

Arbeiterbewegung. Eine Streikversammlung der Berliner Gelbmetallarbeiter hat beschlossen, auf den Vorschlag einzugehen, zwischen den Arbeitern der einzelnen Betriebe und ihren Arbeitgebern Verhandlungen zuzulassen. Es sollen aus sämtlichen Betrieben Kommissionen gewählt werden, welche mit den Arbeitgebern verhandeln. Die Vertreter der Organisationen sind bei diesen Verhandlungen nicht zugelassen. Sobald die Resultate der betriebswise Verhandlungen zusammen sind, soll eine neue allgemeine Versammlung darüber entscheiden, ob die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. — In Weissenfels haben die Fabrikhutmacher den Arbeitgebern die Arbeit aufgekündigt, und erfolgt nach Ablauf derselben am 16. Februar die Niederlegung der Arbeit, wenn bis dahin eine Einigung nicht erzielt werden kann. Der Gewerkeverein der Schuhmacher und Lederarbeiter ist mit 1000 Mitgliedern betheiligigt. Die Unternehmer sind bereit, eine Lohnerhöhung zu gewähren, lehnen es aber ab, einen Tarif zu unterschreiben. Den Gewerkevereinern wurde durch eine „Proklamation“ der Unternehmer gesagt, daß sie nicht aus dem Gewerkeverein ausgeschlossen werden könnten, wenn sie ohne Zustimmung des Hauptvorstandes die Arbeit wieder aufnehmen. Diese Zumuthung wurde von den Verbands-genossen natürlich energisch zurückgewiesen und von ihnen erklärt, die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen sei das oberste Gewerkevereinsprinzip, deshalb seien ganz selbstverständlich die Mitglieder der Gewerkevereine statutarisch verpflichtet, für die Tarifverträge einzutreten und eventuell zu diesem Zwecke gemeinsame Sache mit anderen Organisationen zu machen. Am Sonntag fanden 3 Versammlungen statt, welche einstimmig den Verzicht der Fabrikanten verurtheilten, die Einigkeit der Arbeiter zu zerstören und sie zum Wortbruch zu verleiten. Der Vorsitzende des Verbandes der Schuh- und Schäftefabrikanten Deutschlands, Kommerzienrath Manj.-Bamberg, lehnte die ihm von der Tarifkommission angebotene Vermittlerrolle ab, da er schriftliche Verträge in der Schuhbranche für undurchführbar halte. In der Firma Landmann, die nur achtstägige Kündigung hat, sind die Arbeiter bereits in den Ausstand eingetreten.

Von einem Mitgliede der „Siebener Kommission“ wurde der B. B. ein Aufsatz geschrieben, dem wir folgende Stellen entnehmen: In eingeweihten Kreisen war man sich seit zehn bis zwölf Tagen darüber klar, daß nun abgebrochen werden müsse. Die Antinomie des Bergnotgesetzes durch die Regierung war der geeignete Moment, um den Kampf abzubrechen. Keiner von der Leitung ist über diese Entwidlung einen Moment im Zweifel gewesen. Der Bergbauische Verein würde in den ersten vier Wochen nicht nachgeben, ihm wäre nur bezulommen gewesen, wenn der Streik monatlang gedauert hätte. Aber woher das Geld dazu nehmen? Arbeiterthätigkeit und Bürgerthum waren unabweislich opferwillig, wie nie opferwillig; für solche Summen indes, wie sie hier nötig waren, reichten diese Opfer nicht im entferntesten.

In einer entscheidenden Sitzung der Siebenerkommission tauchte der Vorschlag auf, die vereinigten Verbände sollten eine Anleihe von fünf bis sechs Millionen Mark aufnehmen, um die Streitenden über

Wasser zu halten. Der Vorschlag war gewiß gut gemeint, aber er hatte verschiedene schwache Seiten. Die großen Gewerkschaftsverbände können ihre Kapitalien nicht ausleihen; sie stehen künftlich in der Gefahr, ihrer selbst zu bedürfen. Andere Geldquellen giebt's nicht. Und ferner, eine Anleihe in dieser Höhe hätte die Verbände für mindestens zehn Jahre mit Rückzahlungen belastet und so ihre Thätigkeit lahmgelegt. In der Zeit hätten die Unternehmer die Arbeiter brutal niederknecchten gekonnt. Jetzt liegt aber die Sache so, daß man spätestens in zwei Jahren genügend neue Kräfte gesammelt haben kann, um, wenn es nöthig ist, einen neuen Sturm zu wagen. Und wie, wenn trotz der Millionenanleihe die Sache schief gegangen, die Verbände dezimirt worden wären, wer hätte dann zurückgezahlt? Wer diesen Vorschlag machte, war gewiß ein Idealist; bisher aber sind die Realisten immer oben geblieben in der Welt.

Einzelne Reviere allerdings hätten den Streik ohne drückende Noth noch acht bis vierzehn Tage mitmachen können, nämlich da, wo der alte Bergbau sitzt, in Witten bei den sogenannten „Brummenbütters.“ Aber in den Revieren, in denen die Arbeiter völlig proletarisiert sind, wo sie in Kolonien wohnen, in Oberhausen, Bruchhausen und Dortmund vor allen Dingen, da grinst die Noth vom ersten Tage an durchs Fenster. Ist es doch in Bruchhausen ganz und gäbe, daß die Bergarbeiter sich jeden zweiten Tag fünf Mark Vorschuß bei der Firma geben lassen müssen, um existiren zu können! Und so kam von der Kolonie Neumühl der Gewerkschaft Deutscher Kaiser in der zweiten Woche schon das dringende Ersuchen um Unterstützungsgelder, sonst würde man ansahren. 52 000 Mark mußten darauf zur Vinderung der dringendsten Noth dorthin gesandt werden. Nehlich, wenn auch nicht ganz so kraß, lagen die Dinge in Essen, in Dortmund u. s. w. „Na, wo ist denn die Streikluft von Euch Dortmundern?“ sagte Hus in der Reviertkonferenz am 2. Februar in Bochum; „Ihr habt den Streik begonnen gegen unseren Willen, jetzt klappt Ihr schon zusammen.“

Jeder sah aber auch, daß von den Grubenbesitzern diesmal nichts zu erreichen sei. Und war nicht die gesetzgeberische Aktion, die in Aussicht gestellt wurde, ein unerwarteter Erfolg des Streiks? Das gab also eine äußerst günstige Gelegenheit, mit einem großen Theilerfolg abzuschneiden; aber diesen hätte gerade ein Weiterstreiken in Frage gestellt.

Man kann zur Königlich preussischen Regierung und ihrem Dreiklassenparlament stehen wie man will, man braucht nicht sehr optimistisch hinsichtlich eines eventuellen Eingriffes der Reichsregierung zu sein, und doch muß man anerkennen, daß nicht so lange gestreift werden konnte, bis die Nothelle fertig auf dem Tische lag. Davon konnte keine Rede sein. Streiken kann man ja darüber, ob nicht bereits vor acht Tagen unter denselben Bedingungen abgebrochen werden konnte wie jetzt. Neuere, günstigere Momente sind seitdem nicht mehr hinzugetreten. Thatsächlich war ein solcher Vorschlag von einer Seite gemacht worden; aber 200 000 Streikende sind keine willenlosen Soldaten und nicht wie solche zu kommandiren. Wenn noch einmal zehn Jahre weiterer Organisationsarbeit vorhanden ist, dann werden sich solche plötzlichen Schwankungen leichter durchführen lassen. Dann wird das Abbrechen prompter durchzuführen sein.

Ein auffälliges Urtheil fällt das Gewerbegericht in Gera, es verurtheilt streikende Arbeiter zur Entschädigungspflicht an die Unternehmer. Der „Berl. Volks-Zig.“ wird darüber geschrieben:

Eine bemerkenswerthe Entscheidung fällt das hiesige Gewerbegericht. Vor zwei Jahren traten bei der hiesigen bekannten Färbefirma L. Hirsch die Scheerer wegen fortgesetzter Lohnreduktion in den Ausstand. Nach kurzer Zeit reichte die Firma gegen 21 streikende Scheerer eine Schadenersatzklage von 288,86 Mk. ein, die in späteren Terminen auf 230,86 Mk. ermäßigt wurde. In der Sache stand mehrmals Verhandlung an, die immer zu Gunsten der Ausständigen ausfielen. Diese konnten nachweisen, daß ihrer Deputation, die bei den Profurirten der Firma vorstellig wurde, von diesem erklärt war: „Es giebt nicht mehr Lohn dafür, und wenn es nicht paßt, der mag gehen.“ Trotz dieses Ausspruches erfolgte seitens der Firma die Klage. Gegen die Urtheile des Gewerbegerichts legte die Firma Revision ein und die Civillammer verurtheilte Ende Dezember die Arbeiter zur Zahlung der geforderten Summe. Da dieser Rechtspruch lediglich Versäumnisurtheil war, stand die Sache nun nochmals vor dem Gewerbegericht zur Verhandlung. Der Sachverständige, Färbereibesitzer Köppe, veranschlagte den Schaden auf mehrere Tausend Mark. Es wurden aber nur die Baaranslagen zur Beschaffung neuer Arbeitskräfte von der Firma Hirsch zurückgefordert. Der Gewerbeinspektor erklärte, ein Gutachten nicht abgeben zu können, weil er dazu längere Zeit zu seiner Information bedürfe. Die Vertreter der Arbeiter betonten, daß durch die fortgesetzten Reduktionen, durch Wegnahme von Hilfskräften und Ignorirung aller Befehle werden die Firma den Schaden selbst verschuldet habe. Doch hält sich das Gewerbegericht an das Gutachten des sachverständigen Färbereibesizers und verurtheilt die ehemaligen Ausständigen auf Zahlung der geforderten Summe.

Ein neues Lohnsystem — es ist das amerikanische Prämiensystem — bei der Marineverwaltung in Wilhelmshaven, das auf der letzten Hauptversammlung der Schiffbauernischen Gesellschaft vorgeführt wurde, besteht in folgendem Berechnungsverfahren: Man setzt für eine bestimmte Arbeit einen Erfahrungshöchstsatz an, der bei der Stundenlohnung als Gesamtbetrag nicht überschritten werden darf. Bei gewöhnlicher Affordarbeit fällt dem Arbeiter die Differenz zwischen der auf seine Arbeitszeit entfallenen Stundenlohnung und jenem vorher fixirten Höchstsatz (Affordatz) als Prämie zu. Bei dem Verfahren der Marineverwaltung wird die durch Eifer und Geschick erarbeitete Differenz zwischen Arbeiter und Verwaltung nach einer bestimmten Proportion getheilt oder, wie es die Verwaltung bezeichnet, der Arbeiter erhält einen nach diesen Proportionen erhöhten Stundenlohn für die wirklich an dem Werkstück verarbeiteten Stunden. Die Proportion aber richtet sich nach dem procentualen Verhältnis des verarbeiteten Zeitlohnes zu den Höchstsatzaffordätzen. Betrag dieser 100 Mk., und schaffe der Arbeiter das Werk in einer Anzahl von Stunden, die er normal nur 70 Mk. Zeitlohn empfangen hätte, so erhöht sich seine wirkliche Entlohnung um das Verhältnis von (100—70) = 30 pCt., weil er der Verwaltung ursprünglich 30 Mk. erspart hat, d. h. er bezieht im Ganzen 70 Mk. + 70 x 30/100 = 91 Mk. Hierzu bemerkt die „Soz. Praxis“: In diesem System liegt eine ebenso scharfe Antreiberei wie in der reinen Affordarbeit, aber es gestattet der Verwaltung eine schnellere, einfachere und vor Allem weitherzigere Bemessung der Affordätze. Die anderthalbjährige Erfahrung mit diesem System ist eine Verbilligung der wiederkehrenden Werkstückarbeiten und eine Steigerung des Arbeiterverdienstes um etwa 3 pCt. ergeben haben.

Aus Philadelphia kommt die Nachricht, daß daselbst im Alter von 80 Jahren ein Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie, Friedrich Wilhelm Frisjke, gestorben ist. Anfang der 80er Jahre wanderte Frisjke nach Amerika aus und ist daselbst bis zu seinem nun erfolgten Tode geblieben. Er ist der Begründer des sozialdemokratischen Labalarbeiterverbandes und gehörte neben Dr. v. Schweiger, der später als ein Politzeispiegel entlarvt wurde, zu den radikalsten Elementen, die gleich zu Beginn der deutschen Arbeiterorganisationen diesen den sozialdemokratischen Charakter aufzuwachen und so von vornherein die so notwendige Einigkeit der Arbeiter in Berufsfragen unmöglich machten. Frisjke und v. Schweiger waren es, die Dr. Hirsch und die Berliner Maschinenbauer 1888 aus dem Kongressjaal hinauswiesen, weil diese energisch dafür eingetreten waren, die zu begründenden Gewerksvereine parteipolitisch unabhängig zu stellen. Die „Leipziger Volkszeitung“ widmet Frisjke einen Nachruf, aus welchem wir die nachfolgenden, sehr interessanten Thatfachen entnehmen:

Auch bei Frisjke war dieser revolutionäre Instinkt in erster Reihe die treibende Kraft, sich der von Lassalle eingeleiteten Agitation anzuschließen. Die sozialistische Theorie hat ihn niemals beunruhigt, es sei denn, daß ihm Bittling's Schriften bekannt waren; nach einer Nachricht von theilnehmter Seite, deren Richtigkeit wir dahingestellt sein lassen, soll er sogar das einzige Mitglied des Leipziger Centralcomitees gewesen sein, das sich den Gedanken Bismarck's nicht so unzugänglich erwies, um sie von vornherein abzuweisen. Jedenfalls wäre daraus nur auf Frisjke's theoretische Unklarheit zu schließen; sobald Lassalle sein Offenes Antwortschreiben erlassen hatte, war für ihn alles Jögern und Zweifeln vorbei, und in den ersten sieben Jahren der deutschen Sozialdemokratie hat er stets in vordefter Reihe gekämpft.

Als er dann im Jahre 1868 durch eine Nachwahl in den norddeutschen Reichstag gelangt war, berief er im Herbst dieses Jahres gemeinsam mit Schweiger den ersten deutschen Gewerkschaftskongreß nach Berlin. Die bevorstehende Aufhebung der Koalitionsverbote und die sich schon anknüpfende Streibewegung, die mit einem gewissen Maße von Koalitionsfreiheit einen bisher unbekanntem Umfang annehmen mußte, machten es für Schweiger als den Leiter der Lassalle'schen Fraktion zur Nothwendigkeit, zu dieser Wendung eine positive Stellung zu nehmen, womit er aber zunächst auf einen heftigen Widerstand stieß. Daß dieser Widerstand gebrochen wurde und dann auch unter den Lassalleanern von Jahr zu Jahr das Verhältniß für die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation wuchs, war nicht zum wenigsten das Verdienst Frisjke's.

Interessant ist das Bekenntniß, daß sich Frisjke (wie auch Lassalle!) den Locken Bismarck's nicht so unzugänglich erwiesen hat und daß er nicht aus innerer Ueberzeugung, sondern nur aus „revolutionärem Instinkt“ zur Sozialdemokratie gekommen ist. Es zeigt sich, daß Bismarck thatsächlich die Sozialdemokratie gefördert hat, um das ihm gefährlicher erscheinende radikale, fortschrittlich gekannte Bürgerthum zu zertrümmern. Interessant ist ferner das Bekenntniß, daß die Sozialdemokratie in jener Zeit von der gewerkschaftlichen d. h. beruflichen Organisation der Arbeiter nichts wissen wollte.

Der Nachruf fährt im Uebrigen nach keiner Richtung auf, warum Frisjke seine doch von ihm zuerst unterstüzte sozialdemokratische Bewegung nachher im Stich ließ und nach Amerika ging. Nicht minder auffällig bleibt es, daß Frisjke in Amerika nicht einmal versucht hat, für die Sozialdemokratie irgend welche Propaganda zu machen.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Pippstadt.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 5 Ausschussitzungen und 5 Versammlungen erledigt. Zu einer kombinierten Sitzung am 7. August in Pippstadt war Kollege Lange-Dortmund eingeladen und auch erschienen. Kollege Lange sprach in dieser Sitzung über das Vertrauensmännersystem u. a. mehr. Das Ortsverbandsfest wurde in Pippstadt gefeiert, zu welchem Kollege Barnert-Paderborn die Festrede übernommen hatte. Auch in dem noch jungen Ortsverein Belede scheint jetzt reges Leben eingetreten zu sein; dies wird wohl ein Grund sein, daß der Vorsitzende des D. V. Belede wegen Agitation gemäßigter, und das noch nicht genug, es wurde den Arbeitern auch noch ein Lohnabzug in Aussicht gestellt. Da kamen die Arbeiter in Belede doch zur Einsicht und ließen Kollegen Lange-Dortmund am 15. Januar in einer öffentlichen Versammlung über Zweck und Ziel der Deutschen Gewerksvereine (D. V.) Vortrag halten, nach welchem sich die meisten Anwesenden zum Beitritt erklärten. Der Ortsverband hat im Jahre 1904 seine Mitgliederzahl von 469 auf 508 erhöht. — Am Schluß sage ich Allen, die uns in der Agitation unterstützt haben, im Namen des Ortsverbandes den besten Dank und rufe ihnen zu, in der Agitation nicht zu erlahmen, sondern mit doppelter Eifer die Agitation zu fördern; es sind noch viele Lücken auszufüllen, ehe wir stark genug sind, dem Unternehmertum, wo es notwendig ist, gebührend entgegen treten zu können.

Anton Häbel, Schriftführer.

Ortsverband Mainz.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Vorstands- und 2 kombinierten Sitzungen, sowie in 8 Versammlungen. Das Jahr 1904 hat rechtliche Arbeit, aber den erhofften und gewünschten Fortschritt insgesamt noch nicht gebracht, welches zum größten Teil aber eigene Schuld der einzelnen Verbandsmitglieder und Vorstände ist. Hoffentlich wird es im neuen Jahr hierin eine Besserung geben, was gegenständig versprochen wird, damit eine größere Mitgliederzahl und größere Fortschritte zur Hebung der kulturellen und wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft von Mainz und weiterer Umgebung erreicht werden kann. — An offenem Verhandlungsmangel es nicht, denn das Land Hessen und Hessen-Rassau ist groß und an Arbeitern fehlt es nicht, die noch keiner Organisation angehören. An diese soll unser Ruf ergehen und diese sollen wirtschaftlich sich heben durch Eintritt und Anschluß an unsere Organisation. Es muß ihnen klar gemacht werden, wie ohnmächtig der Arbeiter ist, wenn er sich abhängig machen läßt von gewissen Wohlhabensherren der Herren Fabrikanten, welche in ihrem eigenen Interesse die öffentliche Meinung dadurch so gerne und so leicht täuschen können. Am Neujahrstag 1904 wurde eine Weihnachtsfeier, am 28. Februar eine öffentliche Gewerkevereinsversammlung „Zur Rosenhöhe“ in Rüsselsheim a. Main mit dem Thema: „Zweck und Ziele der Deutschen Gewerksvereine und ihrer Hilfskassen“ abgehalten, die sehr gut besucht war. Diese Versammlung bot Gelegenheit, die Taktik unserer A. u. arbeitsdrüber kennen zu lernen. Am 16. März referierte der Ortsverbandssekretär G. Meffert in Frankfurt a. M. und am 17. März in Mainz bei dem Brauergesellen-Bund mit dem Thema: „Was wollen die Deutschen Gewerksvereine?“ Beide Versammlungen waren sehr zahlreich besucht und boten neue Momente zur Agitation. Am 24. Juli wurde ein guldener Agitationsausflug nach Biedrich a. Rh. veranstaltet; ebenso am 16. August nach Wörsbach b. Wiesbaden. Der 26. Dezember bedachte unsere Mitglieder auf Vorstandsbefehl mit einer Weihnachtsfeier und Kinderbesprechung bei starkem Besuch. Die Sache der Gewerksvereine könnte im Großherzogtum Hessen und der Provinz Hessen-Rassau wirksamer entfaltet werden, wenn uns einige Kräfte mehr zur Verfügung ständen oder eine selbstständig unabhängige Agitationskraft mit dem Sitz in Mainz für das Rhein-Main-Rheinhthal jederzeit bereit sein könnte, öffentlich zu agitieren. Dieses ist von den einzelnen Vereinen schon erwogen worden und soll demnächst in einer Verbandsitzung zur Sprache und Erledigung gebracht werden. Es würde den Generalratskassen der verbundenen Gewerksvereine keine großen Kosten verursachen und würden die einzelnen Ortsvereine auch ihre Pflicht thun und dazu beitragen, dieses zu erreichen. Es sei zum Schluß noch allen Genossen und Freunden der Gewerksvereine der aufrichtige Dank dafür gesagt, daß sie sich in uneigennütziger Weise zur Verfügung gestellt haben. Gleichzeitig sei bemerkt, daß der D. V. der Schuhmacher und Lederarbeiter Rostheim sich dem Ortsverbande vom 1. Januar ab angeschlossen hat und tritt der Ortsverband in das Jahr 1905 mit 102 Mitgliedern ein. Unfall und Invaliditätssachen wurden 4 am Schiedsgericht und 1 am Reichsversicherungsamt durch den Sekretär zur Verhandlung gebracht. Möge das neue Jahr 1905 einen besseren Abschluß für die Sache der Deutschen Gewerksvereine in Mainz bringen, was durch rastlose Arbeit und Agitation gewiß möglich gemacht wird.

G. Meffert, Sekretär, Kirchgarten 18.

Ortsverband Reiche.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Versammlungen, 4 Ausschuss- und einer kombinierten Sitzung. Es wurde ein Malausflug ins Hochsiedbad unternommen, der gut besucht war und bemerksprechend auch verlief; ferner ist eine Musik-Begräbniskasse gegründet worden, zu welcher jedes Mitglied pro Vierteljahr 10 Pf. zu entrichten hat. Auch ist eine Unterstufungskasse gebildet worden, wozu pro Kopf jährlich 20 Pf. gezahlt werden, um den durchwandernenden Kollegen je 50 Pf. zu gewähren zu können. Es feierte unser Verband im Juli ein großes Sommerfest, was glänzend verlief. Wir haben auch einen neuen D. V., und zwar den Kaufleute, aufgenommen. In der Generalversammlung hielt Genosse Driskulot-Breslau einen Vortrag. Für dieses Jahr hat man ferner ein größeres Verbandslokal gewählt. In der Mitgliederzahl sind wir gegen das Vorjahr um 23 gestiegen. Unser Verband steht sonst in bester Blüte, obwohl wir mit mehreren Gegnern zu kämpfen haben. Wir haben durch einen tüchtigen Vorsitzenden doch jetzt schon festen Fuß gefaßt als in früheren Zeiten. Wir haben Aussicht, einen D. V. der Bauhandwerker zu gründen. Es soll unser Bestreben sein, von Jahr zu Jahr besser vorwärts zu kommen und uns eine bessere Zukunft zu sichern.

Ray Pietsch, Verbandssekretär.

Obererzgebirgischer Ortsverband.

Außer den Sitzungen hatten wir 8 Versammlungen, darunter 2 öffentliche. Letztere fanden statt am 30. April in Buchholz und am 1. Mai in Scheibenberg; in beiden Versammlungen sprach Herr Hilmar Raab-Burg über den Nutzen der Gewerksvereine. In Scheibenberg waren über 300 Personen anwesend und erfolgten über 20 Aufnahmen; es war den erschienenen Gegnern nicht gelungen, auch nur den geringsten Eindruck zu machen. Vorträge wurden gehalten in den Vereinen in Annaberg, Crauzahl und Scheibenberg von Herrn Wilhelm Gleichauf-Berlin, in Crottendorf von Herrn Gust. Huth-Beipzig, in Elterlein von Kollegen Lehne-Beipzig. Mit Ausnahme von Scheibenberg hätten die Versammlungen besser besucht sein sollen.

Die Zeitungsangelegenheit ist vom Unterzeichneten in jeder Versammlung angeregt worden, aber die meisten Verbandskollegen sind in dieser Angelegenheit recht faul; derartig Wichtiges müßte viel energischer unterstützt werden. Als ich in einer Versammlung, in welcher Kollege Lehne einen Vortrag hielt, die geplante „Freie Arbeiterpresse“ erwähnte und die dortigen Mitglieder zum Abonnement aufforderte, mußte ich zu meinem Erstaunen erfahren, daß dort kein Mensch, auch der Ausschuß nicht, von der beabsichtigten Gründung dieser Zeitung etwas wußte. — Was muß dort mit unserm Verbandsorgan „Der Gewerksverein“ wohl gemacht werden? Gelesen wird es jedenfalls nicht. Und das ist traurig. In Scheibenberg haben sich ziemlich viele Abonnenten gemeldet. Mit der „Allgemeinen Chemnitzer Zeitung“ sind wir in Verbindung getreten, dieselbe veröffentlicht unsere Berichte unverändert und die Versammlungsanzeigen kostenlos. Berichte über Arbeitsverhältnisse und Versammlungen habe ich an die „Allgemeine Chemnitzer Zeitung“ 9, an die „Obererzgebirg. Zeitung“ 4, an den „Gewerksverein“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ je einen eingeleitet. In der „Allgemeinen Zeitung“ ist immer nur von den Christlichen Arbeitervereinen zu lesen, von den Gewerksvereinen ganz wenig; die Ortsvereine müßten in dieser Angelegenheit mehr Tätigkeit zeigen, damit die noch nicht organisierten Arbeiter unsere Ziele und Bestrebungen kennen lernen. Öffentliche Versammlungen thun das nicht allein, eine richtige Gewerksvereinspresse thut uns noch, wie sie (da der Antrag des Verbandsredakteurs auf dreimaliges Erscheinen des „Gewerksverein“ zu unserem Bedauern nicht angenommen worden ist) jetzt vom Centralrat in Probenummern den Vereinen zugesandt worden ist. Ist es nicht bedauerlich, daß über 100 000 Mitglieder nicht 20 000 Abonnenten zusammenbringen? Im Gegensatz zu den Scheibenerger Ortsvereinen, welche beinahe 50 Pct. Mitgliederzunahme haben, sind alle anderen Vereine des Ortsverbandes zurückgegangen bzw. auf gleicher Stufe, wie zu Anfang des Jahres, stehen geblieben. Den Scheibenerger Vereinen ist es gelungen, 4 Ausschussmitglieder in die Ortskrankenkasse zu bringen. Auch in anderen Angelegenheiten: Verkürzung der Arbeitszeit u. a., sind Fortschritte zu verzeichnen; es könnte aber noch viel mehr erzielt werden, wenn die Arbeiter unter den Mitgliedern aufhörten. Anstatt in den Versammlungen über lokale Verhältnisse und wichtigere Sachen zu diskutieren, ist man bemüht, die Geschäftsführung des Ausschusses u. i. w. zu kritisieren; derselbe kann nicht immer alle Ortsvereine Wünsche erfüllen. Der Sitz des Ortsverbandes ist nach Scheibenberg verlegt und demgemäß der Ortsverband anders bezeichnet worden. Daß ich mein Amt als Ortsverbandssekretär trotz der erfolgten Wahl und Aufforderung nicht wieder angenommen habe, möge man mir nicht übel auslegen; der gewählte neue Schriftführer wird sicherlich auch nicht unterlassen, die Verbindungen mit den Zeitungen zu unterhalten u. i. w.

Von den Arbeitsverhältnissen in unserm Obererzgebirge habe ich auf Grund von Mitteilungen und aus eigenen Erfahrungen anzuführen: Es ist gerabzu schauerhaft, besonders zur Weihnachtszeit, das Treiben in den Fabriken zu beobachten. Arbeitszeit mitunter bis zu 15 u. d. 16 St. u. d. e. Außerdem haben manche Arbeiter z. B. in Schlettau bis zu 2 Stunden Weg nach der Fabrik. Früh 4 Uhr von Hause fort und Abends gegen 10 Uhr kommen sie erst zurück; ein großer Teil dieser Arbeiter ist gegenwärtig krank. Von einer Fabrik wird gesagt, daß es in sie hineinretene und schneie. Ferner: ungenügende Schulpfortrichtungen, traurige Arbeitsverhältnisse, schlechte Behandlung u. i. w.; jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren haben dieselbe Arbeitszeit. Daß weibliche Arbeiter an Tagen vor Sonn- und Feiertagen in manchen Fabriken bis 10 und 11 Uhr arbeiten, fällt hier gar nicht auf. Schloffer mit Stundenlohn von 18—20, höchstensfalls 23—25 Pf. Der Verdienst des Vaters langt nicht zur Bestreitung des Unterhalts der Familie, man sieht die Eltern bis 10 Uhr mit ihren Kindern noch sitzen und arbeiten. Solchen Arbeitern müßte, angesichts dieser Verhältnisse, welche sie sich gefallen lassen, die Schamröthe ins Gesicht steigen. Hier muß es Sache der Gewerksvereine sein, solche Arbeitsverhältnisse abzuschaffen. Es giebt jetzt in unseren Ortsvereinen so viele Arbeitslose, diese könnten doch Arbeit erhalten, wenn die unerschämte lange Arbeitszeit endlich aufhörte. Die behaltigste Gründung eines D. V. der Siggarrenarbeiter ist trotz vieler Arbeit und Mühe noch nicht gelungen. Dem Ortsverband gehören neun Ortsvereine an.

Vergnügungen haben stattgefunden in Crottendorf und bei allen drei Vereinen in Scheibenberg; dieselben waren meistens gut besucht. In Crottendorf hielt Kollege Bräklein-Crauzahl an Stelle des Kollegen Reichelt-Chemnitz, welcher abgehalten war zu kommen, eine mit Beifall aufgenommene Ansprache. Gelegentlich des Stiftungsfestes der Raschneubauer Scheibenberg hielt Herr Friedrich-Beipzig einen Vortrag über die Beschlüsse des Verbandstages in Hannover. Es hatten sich auch hier die Verbandskollegen zahlreich eingefunden, so daß das Lokal vollständig besetzt war.

Grüß auf Verbandskollegen! Allerorts im neuen Jahr zu neuer Arbeit, zu thätigster Agitation für unsere Gewerksvereinsfrage! Fort mit der Weitsichtigkeit, pflegt die Einigkeit! Auf zu gemeinsamer Arbeit im Ortsverbande, damit wir nächstes Jahr ein wirklich befriedigendes Resultat verzeichnen können.

Hermann Kubach, Ortsverbandssekretär für 1904.

Ortsverband Neumtscheld.

In der ersten Ortsverbandsversammlung am 15. Januar erstattete der Vorsitzende Böller den Tätigkeitsbericht vom verflohenen Jahre. Einleitend hält er den Anwesenden in großen Zügen die Arbeiterbewegung vor Augen, den Organisationsgedanken und die Solidariät präzisierend, weist ferner darauf hin, wie notwendig uns Bildung und Wissen ist, um für unsere gute Sache streben und kämpfen zu können. In diesem Sinne

tigung" von Seiten des Kartellaffires und Cigarrenfabrikanten Klein aus Köln; auch die hiesige „Rhein. Zeitung“ (sozialdemokratisches Parteiblatt) schimpft in ihrer Nummer 281 über die journalistischen Anstandsbedingungen des Redakteurs vom „Gewerkeverein“. Der Ortsverband Köln wundert sich nun nicht wenig über diese Schimpferlei und erklärt, daß unser Verbandsredakteur vollkommen korrekt gehandelt hat; es wäre nun wirklich überflüssig auf die ganze Sache nochmals näher einzugehen, aber nachdem Herr Klein die Klagefrist verpaßt hat, und nun in den sozialdemokratischen Zeitungen auf unseren Redakteur schimpfen läßt, erklärt der Ortsverband Köln: hätte man uns die „Berichtigung“ zugemutet, so hätten auch wir sie selbstverständlich abgelehnt; um nun auch dem „Korrespondenzblatt der Gewerkschaften“ entgegen zu kommen, das diese läbliche Schimpferlei auf unseren Redakteur, und den „Gewerkeverein“ unbeschönigt übernommen hat, erklärt der Ortsverband Köln nochmals, daß er die volle Verantwortung für die Veröffentlichung des Vertrages, welchen Herr Klein mit einer hiesigen Cigarrenfabrik abgeschlossen hat, und sich auf sein Ehrenwort verpflichtet, gegen eine monatliche Rente von 25 Mk. der Firma in Arbeiterfachen nicht mehr entgegen zu treten u. s. w., übernommen hat. Also kann von einer „Berichtigung“ absolut für uns keine Rede sein, und würde der Ortsverband Köln ganz entsetzten Protest dagegen einlegen. Ferner erklärt der Ortsverband Köln, daß das Original dieses sonderbaren Vertrages sich in seinen Händen befindet, und hat der Ortsverband Köln in der von der Kartellkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaften einberufenen Protestversammlung durch unseren Ortsverbandsvorsitzenden Sauer erklärt, daß wir von der Veröffentlichung des Vertrages kein Jota zurücknehmen würden; ferner hat der Ortsverband Köln seinen Standpunkt in dieser Sache in der Nummer 127 der „Rhein. Zeitung“ veröffentlicht lassen, daß durch derartige Verträge nur Wirtinnen in die Arbeiterfach gebracht wird, und wir dieses mit den Grundgesetzen der Organisation nicht in Einklang bringen können. Die „Rhein. Zeitung“ in ihrer Nummer 120 vom 25. Mai 1904 erklärt nun selbst, daß man darüber streiten könne, ob es ungut von Herrn Klein, soweit zu gehen und den Vertrag zu unterschreiben; auch selbst ein Herr Duse, Mitglied des deutschen Holzarbeiterverbandes, erklärte in der besagten Protestversammlung: Besser wäre es gewesen, wenn Herr Klein dies nicht gemacht hätte! Der Bericht über diese Protestversammlung in der sozialdemokratischen „Rhein. Zeitung“ war ein sehr einseitiger; die Redaktion der „Rhein. Zeitung“ konnte es also mit ihren „journalistischen Anstandsbedingungen“ vereinbaren, die von unserer Seite gehaltenen Neben zu unterschlagen; über die Erfüllung der journalistischen Anstandsbedingungen in der „Rhein. Zeitung“ könnte der Ortsverband Köln überhaupt nichts zu sagen haben. Also die Entwürfe der sozialdemokratischen Presse sind nur künstliche, ohne jeden Fall. Und wie war es mit der Rückgabe der 25 Mk. Rente, die im Gewerkschaftshaus deponiert waren? Der Geschäftsführer Schmitz erklärte uns auf seine Verantwortung hin: Im wieder in den Besitz der 25 Mk. zu gelangen, bedurfte es einer dreimaligen Aufforderung zur Rückgabe durch einen Arbeiter der Firma im Gewerkschaftshaus. Ferner erklärt der Ortsverband Köln: Wenn dies ein Scheinvertrag sein sollte, um den Geschäftsführer festzunageln, warum hat Herr Klein dies nur im Nachhinein der Tabakarbeiter veröffentlicht, und nicht hier am Ort in der „Rhein. Zeitung“? Diese Zeitung nimmt doch sonst mit der größten Vorliebe Derartiges auf? Es muß nun Jedem einleuchten, daß bei den wenigen Tabakarbeitern, die hier am Ort organisiert sind und das Fachorgan lesen, von einer Festsetzung überhaupt keine Rede sein kann, worauf es doch Herr Klein ganz besonders und allein abgesehen haben will. Erst nachdem der Vertrag durch uns der breiten Öffentlichkeit übergeben war, erkannte die „Rhein. Zeitung“, daß der Vertrag nicht länger todtgeschwiegen werden konnte. Uebrigens wundert sich der Ortsverband Köln jetzt nicht mehr, daß die Firma das Geld so schlecht zurückverlangen konnte, nachdem Herr Karl Meisen in der Vermählung des Central-Vereins der Bildhauer (Verwallungshilfe Köln) am 7. Januar 1905 öffentlich erklärt hat, daß die 25 Mk. im Gewerkschaftshaus verbrannt worden seien. War dies auch nur zum Schein?

Der Ortsverband Köln. S. A. R. Himmel, Sekretär.
Thorn. Am Sonntag, Nachmittags 3 1/2 Uhr, hielt der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter seine erste diesjährige Versammlung ab. Der Vorsitzende, Genosse Bessel, eröffnete dieselbe mit einer kurzen Ansprache, in welcher derselbe besonders hervorhob, daß die Mitglieder auch im neuen Jahre die Versammlungen recht fleißig besuchen und für unseren Verein nach besten Kräften agieren möchten. Hierauf verlas der Sekretär Böffler den Tätigkeitsbericht, in welchem derselbe eine kurze Uebersicht über die wichtigsten Arbeiten und Vorgänge des verfloffenen Jahres gab. Alsdann wurde vom Kassier, Genossen Doering, der Spezialkasten-Abschluß pro 1904 verlesen. Die Mitgliederzahl betrug im verfloffenen Jahre 38, davon ausgetreten oder verzogen 10, blieben 28, dazu kommen 8 Neuaufnahmen, so daß zur Zeit der Verein 31 Mitglieder stark ist. Der Besuch der Versammlungen kann im Durchschnitt als ein guter bezeichnet werden.
 Curt Böffler, Sekretär, Thorn 3, Waldstr. 29 a 3 Tr.
Hierheim. Der D. B. der Fabrik- und Handarbeiter hielt am 22. Januar seine Monatsversammlung ab, in welcher unser Mitglied Reff einen interessanten Vortrag hielt über die wichtigsten Bestimmungen des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes. Die vom Vorsitzenden Johann Rohrbacher geleitete Versammlung schenkte dem Vortrag große Aufmerksamkeit.
 Heinrich Ebler, Schriftführer.

Verbands-Zeitung.

Verband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker).
 4. Sammelhefte.)

für die freitenden Bergarbeiter und andere durch den Streik ausgeperrte Arbeiter.

Verhandwerker: Alt-Brandenburg 10,45, Berlin 15,50, Magdeburg 4,50, Magdeburg-Neuhof 14,15, Profen 30,85, Roth a. Saale 6,00, Weihenfelds 15,00, Steiner 0,50, Leipzig 11,80. **Bildhauer:** Karlsruhe 12,25.

*) Geldsendungen an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin, NO. 55, Greifswalderstr. 321/322.

Köln I 10,00, Hagen 6,00. **Deutsche Frauen:** Striegau 2,80, Hagen 3,35, Einbau im Bodensee 3,00, Sprottau 3,25, Rowawes-Neuenhof 5,00. **Fabrik- und Handarbeiter:** Ertrath 5,00, Osterweddingen 13,40, Zittau 5,00, Taucha 10,00, Schramberg 15,50, Bähly 11,15, Bittenberg 8,90, Berlin VIII 9,55, Böhlschlag 17,85, Berlin II 14,50, Alpirsbach 18,30, Brandenburg 9,00, Döhlau 18,60, Ruchwitz 10,40, Rothenbach 9,80. **Graben:** Deutsch-Krone 7,80, Elbing 6,00, Magdeburg 14,25, Weinsheim 15,10, Seidelberg 18,40, Chemnitz 15,00, Posen 5,00, Halle a. S. gef. vom Personal der Buchdruckerei B. Knapp 11,00, Halle a. S. Personal der Druckerei Waisenhaus 7,50. **Kassier:** Berlin „Alt-Köln“ 21,35. **Kaufleute:** Berlin III 37,70, Berlin VII 5,00, Richtenberg 4,50, Berlin IV 7,80, Karlsruhe 7,55, Berlin VIII 21,00, Personal der Firma Moritz Lewin in Berlin 30,00. **Klempner und Metallarbeiter:** Berlin VI 35,00, Willbau 16,00, Radeberg 11,00, Stettin 3,85, Elbing 4,25, Leipzig 4,50, Eimeritz 6,10, Berlin I gef. durch Kröllsch bei Mir & Genert, Saal Holzmontage 24,30, Kriß-Berlin 4,00, Döbeln 2,50, Rathenow 20,00. **Konditoren:** Berlin II 39,00, Ratibor 12,80, Berlin I 21,85. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Berlin X gef. Daimler-Motoren Marienfelde auf Risse Nr. 108, 2104, 2105: 65,90, Berlin V Schlosserei Beschlein 8,85, Kabelwerk Dberpree Saal 26 und 27 36,45, Kabelwerk Dberpree, Abteilung Automobilbau 20,30, M. C. G. durch Hülfe-Berlin 29,10, Altenvorde 40,00, Berlin III d. Richter 150,00, Berlin X 5,40, Bitterfeld 17,00, Breslau II 50,70, Bunzlau 8,40, Erdtebrück 14,60, Gaffin 15,00, Gleiwitz III 53,45, Gleiwitz IV 5,00, Güzgen 36,00, Halle I 35,70, Jerne 21,75, Königsberg 22,20, Landsberg II 9,10, Leipzig I gef. in der Fabrik von Berlin 21,75, Leipzig III 16,00, und von Freund Gustav 12,00, Leipzig IV 5,00, Döna-Druid 10,20, Radeberg 20,00, Thale a. Harz 217,59, Unterrückheim 10,15, Daimler-Motoren-Werkzeugstube gef. d. Ross 10,25, Wiefershöfen 15,60, Zittau 3. Rate 15,95, Berlin V 100,20, Beleda 6,80, Berlin VII 12,00, Vorfeld 6,00, Brudenhausen I 12,50, Gultsee 4,40, Gyerke 5,00, Dresden II 10,30, Dresden III 9,00, Gulau 35,50, Kermerleben 4,00, Krausitz 8,00, M.-Glabach 12,00, Glas 11,00, Glogau 20,50, Halberstadt 31,00, Magdeburg, vereinigte Ortsvereine: Buchau-Maschinenfabrik 82,00, Schäffer & Bubenberg 56,00, Krupp 42,00, Saret, Smith & Co. 30,00, Ionische Fabriken 40,00, Remel 10,60, Müllern 33,95, Schramberg 18,42, Schwentochlowitz 5,00, Stettin (Goldarbeiter) 24,85, Weiden 19,20, Wolgast 12,00, Zwickau 7,50, Hagan 34,30, Auguste 5,00, Sand-Bergeborf 10,00, Stramske 4,40, Berlin IV 25,20, Königl. Hauptwerkstatt Tempelhof Köthlig. Kühne 22,55, Köthlig. Franke 15,00, M. C. G. Gierker Vollastr. 16,35, Biberach 28,30, Bremerhaven 7,30, Eustirchen 20,50, Gotha 16,00, Gamm 13,45, Kalz 82,70, Lauenburg i. Pomm. 4,70, Laurahütte 10,05, Leipzig VII 10,00, Groß Richterfelde 12,10, Marienborn 16,00, Müsen 22,66, Neugersdorf 11,10, Pleitenberg 20,00, Rohrbach bei St. Inqbert 16,30, Schmiedeborf 10,62, Sprottau 14,25, Stettin 8,00, Wierzen 12,30, Wittkorf 10,00, Würzburg 5,00, Grottoir 47,65, Berlin II 32,55, Altwied 1,10, Berlin I gef. bei Wehlig Risse 6 13,05, gef. bei Leppla Risse 8 2,00, gef. in d. Werkstatt der Großen Berliner 23,35, gef. bei Flohr Risse 10 18,15, gef. b. bei Schwarzlopp Risse Nr. 2771 10,80, gef. b. Finger M. C. G. Risse Nr. 2772 6,00, gef. b. Gottschalk & Co. Risse Nr. 2867 16,25, Berlin VIII 2. Rate 37,95, Brandenburg 21,45, Breslau III 40,00, Düren 18,00, Eisenach 42,00, Ennigerloh 2,50, Goldberg 3,50, Leipzig (Kombinire) 4,50, Penne 20,00, Pafsch 2,20, Rombach 45,30, Ruda 5,20, Schöningen 24,50, Segenorf 1,60, Wefernstoten 104,00, Barth 7,85, Bremerhaven 20,00, Buchhausen 82,85, Döhlau-Großenbaum 35,00, Gannstadt 23,30, Delmenhorst 17,20, Landsberg I 13,10, Dels i. Schl. 10,00, Pirmasens 10,05, Rengsdorf 2,00, Schalle 59,55, Stolp i. B. 38,75, Tiffit 4,25, Wallingen 30,00, E. Schulte-Wilspe 14,00. **Schneider:** Merseburg 5,00, Danzig 3,00, Zerbst 6,20, Berlin V 11,00, Greifswald 3,00, Landsberg 7,15, Kürschner-Leipzig 20,00, Personal der Rauchwaren-Zurichterei B. Zeute, S. Bindenan 11,00, Personal d. Maschinenfabrik von H. Emderstr. 9,80, Potsdam 10,00, Sprottau 2,40, Berlin II 3,35. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** Hamburg 9,50, Zittau 2,00, Strieg 3,95, Gera 9,10, Camen 16,35, Hagen 2,50, Erfurt 14,25, Posen I 10,00, Pfeifersheim 17,70, Weida i. E. 17,60, Striegau 5,00, Halle gef. durch Schönwälder 28,00, Berlin V 4,00, Gelf-Zaitrow 2,00. **Stuhl- und Holzarbeiter:** Rymau 2,30, Rowawes 14,40, Apolda 20,00, Finsterwalde 14,00, Schilach 7,50, Wierzen 21,00, Wablenz 7,50, Erlangen 35,40, Neu-Ruppin 2,25. **Tischler:** Neufelsh 3,50, Berlin II 8,20, Berlin I gef. am. Bau- und Tischlererei Grün & Hettwig 17,95, Charlottenburg 11,60, Eisenach 5,00, Glogau 8,10, Landsberg I 8,00, Landsberg II 12,00, Raumburg 26,00, Schweidnitz 4,10, Straßund 8,10, Zittau 7,05, Gleiwitz 1,20, Breslau II 53,25, Bülow 5,00, Kabla 12,25, Rybnik 5,00, Striegau 13,20, Ueberlingen 15,80, Anklam 5,30, Rosenthal 9,05, Zerbst 70,00, Berlin III 4,00, Berlin I gef. b. Beschlein 12,70, Ansbach 14,10, Halle 45,00, Freiburg i. Schl. 7,50, Erlangen 6,00, Leipzig-Df 10,00, Weihenfelds 15,50. **Töpfer:** Jawodite 9,00, Thurnau 5,00, Niemege 16,25, Bergolder Berlin 5,00. **Ortsverbände:** Burg 100,00, Chemnitz 11,25, Großenhain 23,20, Leipzig 10,00, Stettin 30,00, Aue i. Erggeb. 6,80, Buchholz i. Erggeb. 2,10, Döbeln 5,00, Finsterwalde 10,00, Kiel 96,00, Hagen 37,95, Böhly 34,29, Altwasser 10,00, Breslau 15,00, Dessau 15,00, Gleiwitz 36,15, Gießen 5,95, Köln 25,00, Eintracht 5,40, Vereinigte Ortsvereine Jena 30,00, Hannover 133,57, Kiel 2. Rate 67,75, Zeitz 25,00, Leipzig 21,18. **Privat:** Handels-Berlin NO. 55 4,50, Arthur Stein-Ratibor 5,00, E. Silber-Berlin W. 10,00, Wiltz Raft-Karlruhe 10,40, E. Lewin unter Freunden gef. 10,00, Dr. R. E. Berlin W. 5,00, Bunke-Hamburg 5,00, H. Ziegler-Birkenwerder 2,00, Preussischer Volksverein Sprottau 2,00, Gefangabth. d. B. d. Deutschen Kaufleute Berlin 9,50, Diskontoklub Rowawes-Neuenhof 5,00, Berliner Tageblatt gesamt. 108,15, Refakt. Gartenfelds-Hagen 3,00, Elberaler Verein Kiel 400,00. **Gesamt:** RT. 5890,13. Bereits quittirt RT. 26 332,74. Insgesamt RT. 33 222,87.

Berlin, 11. Februar 1905.
 Rudolf Klein, Verbandskassierer.

Berichtigung: Sammelhefte I statt Maschinenbauer Zeigler — Vorfeld 41,50 RT.
 In Risse 2 soll es heißen statt Maschinenbauer Friedrichshafen — Fabrik- und Handarbeiter 11,20 RT.
 In Risse 3 statt Maschinenbauer Apolda — Fabrik- und Handarbeiter 4,50 RT., statt Leipzig-Eindenan — Leipzig I 60 RT., statt Deutsche Frauen Leipzig — Leipzig-Eindenan 4 RT.

hat der Ortsverband gewirkt und wir hoffen, daß in diesem Jahre der Erfolg unserer Arbeit noch ein besserer sein wird.

Der Verband erledigte seine Geschäfte in 9 Ausschüßsitzungen, 3 öffentlichen und 7 Quartalsversammlungen. Kollege Gieseler-Düsseldorf referierte in 2 Versammlungen: 1. „Ueber die Aufgaben unseres Verbandes“ und 2. (öffentlich) über „Im Kampf mit dem Metallarbeiterverband“. Kollege Hartenbach-Kemfheid referierte zweimal. Erstens (öffentlich) über „Eine Exkursion nach Berlin zur Besichtigung der Tuberkulose- und Wohlfahrtsausstellung und zweitens über „Die Verschmelzung der beiden Gewervereine: Maschinenbauer und Klempner“.

Kollege Böller referierte in 4 Versammlungen über: 1. „Der Kampf ums Dasein“, 2. „Die drei bestehenden Organisationen“, 3. „Konjunktionsverhältnisse“ und 4. „Die Zeitungsfrage“. Es wurde ein D.V. der Arbeiter mit Hilfe des Ortsverbandes gegründet.

Unsere Kassenverhältnisse sind keine günstigen und wir waren gezwungen, einen Antrag an den Centralrat um Bewilligung von 50 Mk. zu stellen. Leider wurde uns dies abgelehnt mit der Motivierung, daß wir keine Erfolge erzielt hätten. Da uns aber große Unkosten durch einen Brand entstanden waren, so steuerte der Centralverband doch 25 Mk. zu den Unkosten bei.

Weiter haben wir uns an den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde und dem Ausschüß der Landesversicherungsanstalt beteiligt. Jeder ohne Erfolg.

Der Kassenbericht, vorgelesen vom Kollegen Tannenläufer, ergab, daß ein Minus von 8 Mk. vorhanden ist, obgleich die Maschinenbauer 18 Mk. und die Klempner 5 Mk. zulezten. Allerdings ist der kleine Ortsverein Bennep (Maschinenbauer) noch mit den Beiträgen der beiden letzten Quartale zurück.

Adolf Schmalenbach, Kemfheid, Fallenberg 6.

Ortsverband Schwerte.

Es fanden 9 Vertreter- und 3 kombinierte Ausschüßsitzungen sowie 2 öffentliche Versammlungen statt. Die Sitzungen hätten besser besucht sein müssen. Ich bitte deshalb sämtliche Vertreter und die Ausschüßmitglieder, sich in Zukunft besser an den Sitzungen zu beteiligen. Jedes Ausschüßmitglied, überhaupt jedes Mitglied weiß, daß wir bei Gewerbergerichtswahlen auf dem Posten sein müssen, wenn wir siegen wollen. Die öffentlichen Versammlungen hätten auch besser besucht sein sollen, zumal die Metallarbeiterverbändler mit ihren Kadern immer zur Stelle sind. Allerdings wurden sie von Kollegen Lange-Dortmund, welcher das Referat hatte, gründlich abgewiesen. Kollegen Lange nochmals besten Dank. Bei der Gewerbergerichtswahl haben wir mit Hilfe der Christlichen Vereine, welche sich unserer Kandidatur (Peter Schramm) angeschlossen hatten, mit 66 Stimmen Mehrheit gesiegt. Das Resultat hätte besser ausfallen müssen, aber das ist darauf zurückzuführen, daß die meisten Wähler erst wenn sie Abends von der Arbeit kommen, wählen gehen, dann ist das Wahllokal voll und es dauert lange, bis der letzte Wähler an die Reihe kommt; die Meisten gehen dann wieder weg, während die Gegner bis zum letzten Mann aushalten. Also, Kollegen, haltet ebenfalls aus, wenn es wieder zur Wahlurne geht. Ich bitte sämtliche Kollegen, die immer noch schlafen und hinter dem Ofen hocken, mit hinausgehen in die frische Luft einer lebhaften Agitation. Es sind hier in unserm Kreis Mißstände genug, die beseitigt werden müssen, darum müssen wir härter werden. Was durch Einigkeit zu erzielen ist, das muß jedem Arbeiter von Schwerte begreiflich sein, wenn er sich den Verein zur Beschaffung billiger Lebensmittel vor Augen führt. Als wir vor 3 Monaten unseren Verkaufsladen eröffneten, da sungen die Geschäftsleute sofort an, ihre Waaren im Preis herunter zu setzen, aber sie kamen immer mit den meisten Waaren an unsere Preise doch noch nicht heran, und sie stehen heute noch immer mit ihren Preisen höher als wir, abgerechnet wenige Ausnahmen, die wohl als Sondermittel gebraucht werden. Ich kann versichern, daß wir keine Sondermittel gebrauchen, sondern nur Alles mit 10 Prozent Aufschlag wieder an die Mitglieder verabsolgen. Darum haltet zu unserm Verein und wirkt für die Organisation, die Selbsthilfe bleibt doch das beste Mittel, die Arbeiterschaft vorwärts zu bringen.

J. A. H. Burgemeister, Sekretär.

Ortsverband Jahze (D.-Z.) und Umgegend.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte im vorjährigen Jahre in 7 Sitzungen und 3 Agitationsversammlungen. In der ersten Versammlung sprach Genosse Gries-Rattowig über „Die sozialen Verhältnisse und die Deutschen Gewervereine“. In der zweiten Versammlung sprach Genosse Reibel-Olewig über „Die Zwecke und Ziele der Deutschen Gewervereine“. In der dritten Versammlung sprach Genosse Krenschke-Sirregau über „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter“.

Wir haben einen schweren Stand, weil die stille polnische Agitation, welche unter den Arbeitern herrscht, sehr stark zunimmt. An Mitgliedern hatte der Ortsverband 284 gegen 306 im Vorjahre zu verzeichnen. In den vorgenannten Sitzungen wurden die Vorbereitungen zu den Versammlungen getroffen. Dank dem Antrage des Genossen Schmidt, welcher anregte, daß im neuen Jahre eine kombinierte Sitzung einzuberufen ist und sämtliche Vereine resp. Vorstände zu dieser Sitzung einzuladen sind, auch solche, welche dem Ortsverband noch nicht angehören, fand diese Sitzung am 8. Januar dieses Jahres statt. Es nahmen ca. 50 Genossen teil und waren sämtliche Ortsvereine vertreten. Erstlich wurde ist zu berichten, daß die drei neugegründeten Vereine von Jahze II, Dorsghwert und Ruda sich dem Verbande angeschlossen und die Beschäftigung hierüber erfolgte, so daß die Mitgliederzahl von 284 auf 389 stieg und so hoffen wir, daß in diesem Jahre die Agitation sich recht erfolgreich gestalten wird.

Gischer, Schmidt, Bedekind, Rohner, I. Vorstandsber. II. Vorstandsber. Kassirer. Sekretär.

Ortsverband Reih.

Der Ortsverband hatte zu Anfang des neuen Jahres einen Mitgliederbestand von ca. 900, welcher sich auf 14 Ortsvereine verteilte. Die Geschäfte des Verbandes wurden in 4 Versammlungen und 9 Ausschüßsitzungen erledigt. Zur Agitation wurden wieder öffentliche Gewervereinsversammlungen abgehalten, am 12. November in Reih und am 13. November in Streckau. Der Besuch derselben war zwar etwas reger als früher, ließ aber

tropdem noch zu wünschen übrig. Am 7. Februar war der Verband in bet in Halle a. S. stattgefundenen Sitzung zur Gründung eines Ausbreitungsverbandes für Mitteldeutschland vertreten. Trotzdem der Vertreter in einer Generalversammlung Bericht erstattete und die Ortsvereine zum Beitritt aufforderte, ist nur erst ein Ortsverein dem Ausbreitungsverbande beigetreten. Der D.V. der Fabrik- und Handarbeiter Aue zog seinen Austritt aus dem Verbande zurück, was mit Freuden begrüßt wurde. Der D.V. der Fabrik- und Handarbeiter Zeihen zeigte am 1. Oktober seinen Beitritt zum Ortsverband an. Von Mitgliedern unseres Verbandes wurde ein neuer D.V. der Bildhauer gegründet, welcher auch dem Ortsverband beitriten will. Mit Freuden begrüßen wir die zwei neuen Ortsvereine und hoffen, daß dieselben stets ein gutes Einnehmen im Ortsverbande führen. Wir aber wollen nicht ermüden, die Agitation weiter zu führen, damit der Ortsverband immer mehr erstärke, um als kräftiger Zweig am großen Baume unserer Organisation reiche Kräfte zu tragen.

Carl Buchmann, Sekretär.

Gewervereins-Zeitung.

Dortmund. Fräulein B. Christmann führte in der öffentlichen Versammlung des D.V. der Deutschen Frauen, die am Sonntag, 5. Februar, Nachmittags, bei Kipper stattfand, etwa Folgendes aus: Jetzt, wo der Bergarbeiterstreik in vollem Gange ist, handle es sich für die Frauen der Bergarbeiter darum, sich klar zu machen, wie sie sich zu verhalten hätten. Es sei kein anderes Verhalten möglich und geboten, als mit den Männern durch Diet und Dumm zu gehen, ihnen nicht das Leben durch Vorwürfe und Klagen schwer zu machen, sondern sie aufzumuntern und anzujuchern, im Kampfe auszuhalten. Die Referentin schilderte in anschaulicher Weise das fürwahr nicht beneidenswerthe Loos der Bergarbeiter, erläuterte deren Klagen und Wünsche, um dann das Verhalten der Grubenbesitzer zu tadeln, die den Arbeitern niemals ein williges Ohr geschenkt, sie vielmehr stets abgewiesen oder mit leeren Versprechungen getrübt hätten. Es sei begreiflich, daß den Arbeitern schließlich die Geduld gerissen sei und sie die Hade hingeworfen hätten. Der Kontraktbruch, den die Bergleute sich haben zu Schulden kommen lassen, sei unbedingt erfolgt, begrifflich und entschuldbar. Unbedacht sei in den Streik eingetreten worden, weil die Kassen der Organisationen nicht genügend gefüllt und noch zu viele Bergarbeiter unorganisiert gewesen. Darüber aber lamentationen anzustellen, sei verfehlt. Man habe jetzt lediglich mit der gegebenen Thatsache zu rechnen. Der Arbeiter habe aus dem Streik die Lehre zu ziehen, daß es die Organisationen und deren Zeitungen sind, die ihn über seine Verhältnisse aufklären. Würden sich die Arbeiter schon früher so haben aufklären lassen, dann wären sie nicht seit 1889 ruhig und schweigsam weiter getrotzt, bis jetzt endlich ihre Klagen laut zum Ausdruck kamen. Der Bergbau, so führte Fräulein Christmann weiter aus, sei die Grundlage für jedwede Fabrikation, für jedwede Bequemlichkeit, die den Menschen geschaffen werde. Deshalb bedeuteten die Bergleute ein beachtenswertes Moment im wirtschaftlichen Leben. Das müßte sich der Bergarbeiter vor Augen halten. Der Streik habe zunächst das eine Gute im Gefolge gehabt, daß alle Welt über die Verhältnisse im Bergbau aufgeklärt worden sei, daß nunmehr Jedermann wisse, wie traurig diese für den Arbeiter seien. Als ein großartiges Schauspiel müßte das einstimmige Vorgehen und Zusammenhalten der 4 Organisationen bezeichnet werden, das gebe dem Streik den Stempel der Gerechtigkeit. Die Organisationen hätten starken Zulauf von bisher unorganisierten. Freilich werde damit zu rechnen sein, daß nach dem Streik viele wieder davonlaufen würden. Das seien Lumpen, die grundlich zu verachten seien. Die Streikbrecher, die sich leider immer fänden, seien ein armes Volk, die von dem Solidaritätsgefühl mit ihren Arbeitsbrüdern noch nicht durchdrungen seien. Ein altes Sprichwort sage: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott! So habe denn auch der Bergmann zur Selbsthilfe gegriffen. Niemand ihm dabei gewährt die öffentliche Meinung, die pekuniäre Unterstützung des In- und Auslandes und der Bergbauliche Verein selbst, letzterer dadurch, daß er durch seine scharfe Haltung die Regierung veranlaßt habe, ein Gesetz ausgearbeitet, das eine Reihe der wichtigsten Arbeiterforderungen regeln solle. Voll anzuerkennen sei, daß der Streik in durchaus vornehmer Weise geführt worden sei. Dies sei ein Verdienst der Organisationen, die gar bald ihren Einfluß auf die Bergleute wieder gewonnen hätten. Wesentlich auch habe dazu beigetragen, daß die Bergarbeiter sich des Alkoholgenusses möglichst enthalten und mäßig gelebt hätten. Der Werth der Organisation habe sich in hervorragender Weise gezeigt. Sollte der Streik zu einem gedehnten Ende geführt werden, so sei eine Verständigung beider Theile notwendig. Da habe auch wieder die Frau mit dem Manne zu überlegen, was zweckmäßig und nützlich sei. Wenn die Frau mit in die Arbeitsverhältnisse hineinsprechen soll, müsse sie auch in der Organisation die gleiche Schulung erhalten wie der Mann. Deshalb möge auch die Frau den für sie geschaffenen Organisationen beitreten, um mitzuarbeiten für Kinder und Kindeskinde, damit nicht dereinst derselbe Vorwurf, den wir unsern Voreltern machen müßten, erhoben werden könne, daß sie nicht auf dem Posten gewesen und für eine Verbesserung der Verhältnisse des Nachwuchses das Zügel beigetragen haben. — Lebhafter Beifall wurde der Referentin zu Theil, die es so recht verstanden hatte, in vollstimmlicher Weise die einschlägigen Verhältnisse zu besprechen und klar zu legen. In der sich anschließenden Diskussion wurde der Referentin mehrfach Dank gesagt. Die Ziele des Gewervereins der Deutschen Frauen (G.-D.) wurden klar gelegt; von einer Rednerin wurde in beweglichen Worten geschildert, wie wenig der Arbeiter, der hohe Beiträge an die Unterstützungs-kasse der Frauen zahlen müsse, im Falle der Noth auf Unterstützung rechnen könne und wie verderblich die Einfingelswirtschaft auf den Leuten sei. Auch darüber fand eine Ausbeantwortung statt, wie am schnellsten auf dem Wege gefestelter Regelung dem Bergarbeiter geholfen werden könne. Schließlich fand eine entsprechende Resolution einstimmig Annahme. In dem Schlusswort schilderte dann noch in temperamentovoller Weise Fräulein Christmann den Werth der Organisation für die Frauen. Sie wird in Kürze wieder nach Dortmund kommen, um darüber noch weitere Darlegungen zu machen. Die Versammlung brachte uns sieben neue Mitglieder und sollen weitere noch folgen.

Frau Anna Hövelsborn, Sekretärin, Ostermarschstr. 64. **Reih.** In der Nummer 1 unseres Verbandsorgans „Gewervereins“ wird berichtet über eine Beschimpfung unseres Redakteurs durch das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften, in Betreff Verweigerung einer „Berich-

* Norddeutscher Ausbreitungsverband.

Einnahme pro IV. Quartal von den Ortsvereinen der Maschinenbauer-Stralsund Mf. 2,50, Bädrik 1,40, Bromberg 16, Wismar 8, Nieder-... 2,40, Stettin (IV. und I. Quartal) 3, Stettin-Bredow 1,20, Frauendorf 3,10, der Frauen und Mädchen-... 1,65, Stettin-Bredow 1,30, der Bauhandwerker-... 1,90, der Gaarrenarbeiter-Prenzlau 1,80, der Klempner-Stettin 2,30, der Fabrik- und Handarbeiter-Stolz II 2,10, Finkevalde 2,00, Stolz I 3,90, Stolpmünde 4,80. Summe von 556 Mitgliedern 58,80 Mf.

Bitte die Kollegen bei Einwendung der Beiträge den Namen des Ortsvereins und die Zahl der Mitglieder auf dem Postabschnitt anzugeben, um nicht unnützes Porto verschwenken zu müssen.

Franz Callies, Stettin, Holzstr. 15, Eingang Eisenbahnstr.

* Frauen-Vereinskasse des Verbandes.

Die Mittel der obigen Kasse im Ortsverein der Klempner (Flaschen) in Öppingen Nr. 847, 871, 934, 1049, 2151, 2389, 2404, 2529, 2530, 2808, 2815, 2890, 2893 und 2966 werden hierdurch aufgeföhrt, die restierenden Beiträge innerhalb 14 Tagen an den Hauptkassier zu entrichten, da sonst der Verlust der Mitgliedschaft eintritt.

Berlin, 11. Februar 1905. Der Vorstand. E. Gerold, Vorstand. Rud. Klein, Hauptkassier. NO. 55, Greifswalderstr. 221/223.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO. Greifswalderstr. 221/223. Gäste stets willkommen. - Sängerkorps der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr Übungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. - Sonnabend, 18. Februar. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Ab. 9 Uhr im Reppalaß, Alexandrinenstr. 110, Maskenball. - Fabrik- und Handarbeiter I. Ab. 9 Uhr bei Kruschwitz, Tempelherrenstr. 20a. L.-D.: Giltstasse. Revisionsbericht. - Fabrik- und Handarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Wälsch, Sufitenstr. 34. Vortrag des Agitationsleiters Rucktschaj: Die Nothwendigkeit der Berufsorganisation und was bezweckt

dieselbet". - Stuhlarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr bei Kienig, Gr. Frankfurterstr. 133. L.-D.: Generalrats-Protokoll. Rechnungslegung v. IV. Vierteljahr 1904. Berechnung über den event. Besuch der Wollfabrik-Ausstellung in Charlottenburg. Verschiedenes. Giltstasse. - Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon. Protokoll u. A. - Montag, 20. Februar. Frauen und Mädchen IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Böbling, Swinemünderstr. 86. L.-D.: Vortraa des Fr. Bremenstahl über: Die Nothwendigkeit der Organisation. Anträge zum Delegirtentag. Verschiedenes. - Sonnabend, 25. Februar. Tischler I. Ab. 8 Uhr bei Wollschläger, Albalbertstr. 21. Fastnachtskränzchen. Von 8-10 Uhr Beitragzahlung ebenda

Gera. Graph. Verufe u. Maler. Sonnabend, 25. Februar, Ab. 8 1/2 Uhr im Bürgerkeller. - Hannover. Fabrik- u. Handarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr im Biedbraun, Hotel, Knochenhauerstr. 1. - Hainholz. Fabrik- u. Handarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr im Vereinslokal d. Schmiedes, Spalburgerlandstr. 1. L.-D.: daf. Vortrag über den Zweck des Ortsverbandes. Referent Genosse Heinide, Bitterfelder. - Hildesf. Klempner und Metallarbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr b. Gröpler, Bergstr. 147.

Orts- und Medizinalverbände.

Reggen (Ortsverb. f. d. o. Vennegeb.). Sonntag, 19. Febr., Nachm. 3 1/2 Uhr große Gewerkservers. beim Wirtz Jos. Baumhof in Fimmentrop. L.-D.: 1. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenrevier und was lernt der Arbeiter aus demselben? Referent Kolb. Bartenbach-Kemscheid. 2. Freie Diskussion.

Briefkasten.

F. B. 100 in Wollen, Kreis Bitterfeld. Ihre Frage finden Sie in unserem Fragebüchlein zum Invalidenversicherungsgesetz auf Seite 81 beantwortet. Wenn Sie in Folge eines Unfalls eine Rente beziehen, welche höher ist als der 7/8fache Grundbetrag, dann können Sie eine Invalidenrente nicht mehr bekommen. Nach Ihrer Schilderung des Unfalls handelt es sich wohl um ein dauerndes Gebrechen, welches auf eine Besserung nicht rechnen kann. Unter diesen Umständen haben Sie die von Ihnen zur Invalidenversicherung eingezahlten Beiträge, also die Hälfte des Wertes der für Sie geklebten Marken, zurückzuföhren. Der Antrag ist zu richten an die Invalidenversicherungs-Kassa. Von der dortigen Polizei wollen Sie sich eine Bescheinigung geben lassen über die Zahl der von Ihnen geklebten Wochenmarken und diese dem Antrage beifügen.

• Anzeigen = Theil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Verbandsmitgliedern!

Jeden Sonntag Vormittag Frühshoppen, Abends Frei-Konzert im Restaurant, im weißen Saal Gesellschaftsstunde, im oberen Festsaal große Musikaufföhung, wozu ebenfalls einladet Carl Berndt, Deponom.

Central-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine

(Hirsch-Dunder)

und Herbergsverkehr befindet sich jetzt

im Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Fernsprecher Amt VII, 4720. Vermittlung kostenlos.

Karten für freies Bogis und Morgens Kaffee bei allen Ortsvereinskassieren Berlins. Zureisende aus Berufen, welche in Berlin keinen Ortsverein haben, erhalten diese Karten im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

Starkstrom-Elektromonteur.

gelehrter Maschinen Schlosser, zur Beaufsichtigung der elektr. Kraft- und Lichtanlage und für Reparaturwerkstatt einer rheinischen Brickettsfabrik zum baldigen Antritt gesucht.

Offerten mit Lohnansprüchen unter X. N. 1210 an Rudolf Mosse, Köln.

Spandau (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereiner erhalten beim Kassierer Joseph Erdmann, Markt 6 III, Marken für Unterstützung und Verpflegung. Mittags 11 1/2, bis 12 1/2 Uhr, Abends 6 1/2, bis 8 Uhr.

Burg (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten aus der Verbandskasse 50 Pf. vom Kassierer ausgezahlt.

Gera (Ortsverband). Karten bei Emil Siebner, Reustadt 30.

Pippstadt (Ortsverband). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung beim Kassierer des Ortsverbandes Anton Dite, Pippstadt, Wehrlöhnerweg.

Wadeberg (Ortsverband). Durchreisende Verbandskollegen erhalten Reiseunterstützung im Betrage von 50 Pf. beim Kollegen Oskar Senaf, Friedrichstr. 28, Lindenhof.

Krefeld u. Umg. (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten eine Unterstützung von 50 Pf. Werbung bei Wilh. Gaad, Krefeld, Vereinsstr. 61.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pf. Verbandsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pf. Leitfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf. Wegweiser durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf. Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pf. Fragebüchlein zum Invalidenversicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pf. Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x230 mm. Preis 50 Pf. Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. - Festschrift zum 25. jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mf. Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. S. Fuchs. Preis 80 Pf. Thätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandstag von Karl Goldschmidt. Gratis. Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter. Berlin und F. Berndt. Dresden. Gratis. Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis. Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und F. D. Käfer-Nürnberg. Gratis. Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pf. Die Deutschen Gewerksvereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis. Muster zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pf. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23. Das Bureau des Centralrats. Rudolf Klein.

Kunstnerische Ausführung billige Preise. Vereinsfahnen. Fahnenbänder. Vereinsabzeichen etc. CARL NEFF'S Fahnenfabrik. KUNSTSTICKEREI. BIBERACH Würtbg. Waldseerstr.